

p.B.58.2.-Tchécoslovaquie

p.B.72.9.15.1. - WR/RK/vh

Bern, den 2. Juni 1977

Besuch des Generalsekretärs des EPD, Botschafter A. Weitnauer,
in Prag, 16. - 19. Mai 1977

Gespräche mit Vizeausserminister Dusan S p a c i l

Themen:

A. Détente, KSZE

1. Allgemeines
2. Menschenrechte, Ideologie
3. Belgrader Konferenz

B. Andere politische Fragen

C. Bilaterale Beziehungen Schweiz - CSSR

1. Allgemeines
2. Wirtschaft
3. Kultur und Wissenschaft
4. Visafragen, Emigration, Familienzusammenführung
5. Information

D. Beziehungen CSSR - Drittstaaten



A. Détente, KSZE

Spacil sieht die Entspannung vor dem kontrastierenden Hintergrund des früheren Zustandes, nämlich des kalten Krieges: Man habe zwar auch damals miteinander kommuniziert, doch sei es nie zu einem wirklichen Gespräch gekommen, man sei im Monolog stecken geblieben. Dies sei heute anders, wobei die Entspannung in Prag nicht nur als ein Verhaltensmuster zwischen zwei Supermächten, sondern auch zwischen zwei Systemen gesehen wird, die ihre Unterschiede weiterhin zu respektieren hätten. Entspannung bringe nicht die Lösung aller Probleme. Sie sei Schwankungen unterworfen, trage aber im allgemeinen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten bei. Für die sozialistischen Staaten sei sie jedenfalls nach wie vor von lebenswichtiger Bedeutung. Es gelte, sie nun auch auf den militärischen Bereich auszudehnen, sie zu organisieren und zu institutionalisieren. (Man erinnert sich in diesem Zusammenhang daran, dass die CSSR - zweifellos im Auftrage der Sowjetunion - das erste Land war, das an der KSZE schon in Helsinki 1973 eine permanente "Konsultativkommission" anregte. Auf nähere Anfrage erhält man heute allerdings in Prag zu diesem Thema nur sehr ausweichende Auskünfte.) Wichtig sei, dass die beiden Supermächte der Entspannung das gleiche Interesse entgegenbringen. Dieses Interesse, so wird am Beispiel von Carters SALT-Vorschlägen an Moskau illustriert, kann durch unbedachtes Vorgehen aus dem Gleichgewicht gebracht werden.

Im wirtschaftlichen Bereich äussert sich Spacil befriedigt über die Resultate der 32. ECE-Tagung in Genf und verspricht sich einiges von direkten Kontakten zwischen EG und COMECON.

2. Menschenrechte, Ideologie

Spacil erklärt, er bestreite die Ehrlichkeit der Absichten Carters keineswegs. Der amerikanische Präsident müsse jedoch

auch Realist sein, anderen Staaten keine Lektionen erteilen und einsehen, dass es zwei verschiedene Auffassungen von Menschenrechten gebe. Für die CSSR sei das eigene (lies "sozialistische") Konzept besser, sie denke aber nicht daran, es anderen aufzudrängen. Man wolle gute Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern, jedoch nur unter gewissen Bedingungen. Dazu gehöre auch eine gewisse Zurückhaltung in der Menschenrechtsfrage.

Auf unseren Einwand, auch die sozialistischen Staaten hätten ihre "Religion" und betrachteten den ideologischen Kampf nicht als Gegensatz zur Entspannung, wird mit dem fadenscheinigen Argument geantwortet, dass sich staatliche Stellen in der CSSR nie zu Kritik an Zuständen in anderen Ländern hergeben würden. Ideologischer Kampf habe mit zwischenstaatlichen Beziehungen nichts zu tun, Carter hingegen sei kein privater Bürger, sondern Präsident der USA und müsse sich entsprechend verhalten. Statt dessen unterstütze er weiter Radiosender wie etwa Radio Free Europe. Die sozialistischen Staaten seien nicht daran interessiert, die Revolution zu exportieren. Dies möge früher der Fall gewesen sein, stehe jedoch im Gegensatz zum Marxismus. Trotzky sei da anderer Meinung gewesen, nämlich durchaus für den Revolutionsexport (mit genau dem gleichen Argument hatte man uns in Warschau geantwortet, etwa im Sinne: "Seid froh, dass wir Euch den Trotzky erspart haben ...") Der Westen sei in dieser Beziehung weniger zurückhaltend: Man nenne das dort nicht ideologischen Kampf, sondern "free flow of information ..." - Wir weisen immerhin auf einen kapitalen Unterschied hin: Der Westen gibt nicht vor, alleiniger Besitzer der geschichtlichen Wahrheit zu sein.

3. Belgrader Konferenz

Laut Spacil gelte es in Belgrad, die "positiven" Erfahrungen bei der Durchführung der Schlussakte zu besprechen und neue Aufgaben in diesem Sinne festzusetzen. Es müsse alles dafür getan werden, damit Belgrad ein Erfolg werde. Es handle sich um ein konsultatives Treffen und nicht um eine Konferenz wie diejenige von Helsinki,

- 3 -

die in der Lage wäre, politische Beschlüsse zu fassen. Belgrad solle kein Tribunal werden und nicht über die Schlussakte hinausgehen. Daher seien auch keine neuen Vorschläge vorzulegen, nicht einmal im Sinne einer "Verfeinerung" der Anwendung der Schlussakte. So sei etwa an eine Änderung der Parameter der Manöverankündigungen nicht zu denken; für die Vorankündigung von Truppenbewegungen sei die Zeit ohnehin noch nicht reif. Zwei Jahre Erfahrungen seien zu wenig, um derartige Dinge zu ändern. Dasselbe gelte auch für die Mittelmeerfragen, die Abrüstung und die Menschenrechte. Allgemeine Diskussionen über diese Problemkreise seien hingegen nicht auszuschliessen.

Was den Verlauf der Belgrader Hauptphase anbetrifft, so gibt sich Spacil flexibel. Eine Generaldebatte, vielleicht sogar eine öffentliche, wird nicht ausgeschlossen, ebensowenig die Bildung von Arbeitsgruppen. Bei der Vertretungsebene denkt man zumindest am Anfang und am Ende an Vizeminister. Ein "follow-up" auch nach Belgrad wird ins Auge gefasst, doch wird die Länge des Intervalls vom Erfolg von Belgrad abhängig gemacht. Stelle sich dieser nicht ein, so müsse man mehrere Jahre (4 - 6!) zuwarten, bevor man diese Übung wiederhole. Die Möglichkeit von Expertentreffen, analog demjenigen über unser SRPD, wird offengehalten.

Wir stellen klar, dass es für das "follow-up" nach Belgrad keine Bedingungen geben kann. In Belgrad selbst gehe es nicht nur darum, die positiven Errungenschaften zu diskutieren, sondern auch die nicht erreichten Ziele, wozu die Frage der Menschenrechte gehöre wie jede andere Bestimmung der Schlussakte auch.

B. Andere politische Fragen (Eurokommunismus, Angola)

Spacil gibt zu, dass Strategie und Taktik einiger kommunistischer Parteien in Europa sich von derjenigen der KPTsch unterscheiden, betont aber zugleich die verbindenden Elemente zwischen der eigenen KP und denjenigen Italiens, Frankreichs und Spaniens. Als Beweis

./.

dafür wird das Abschlussdokument der Berliner KP-Konferenz vom Juni 1976 zitiert. Der Vizeminister vergisst nicht, darauf hinzuweisen, dass einige kommunistische Parteien in Westeuropa heute einen ähnlich hohen Stimmenanteil erringen wie die KPTsch in den ersten Nachkriegswahlen von 1946 (die zugleich die letzten freien Wahlen im Lande waren ...)

Spacil bestätigt ungefragt, unumwunden und nicht ohne Stolz, dass die CSSR die MPLA in Angola mit Waffen ausgerüstet habe.

C. Bilaterale Beziehungen Schweiz - CSSR

1. Allgemeines

Spacil bezeichnet unsere Beziehungen als "gut, positiv und korrekt". Sie hätten sich vor allem auf dem wirtschaftlichen und dem kulturellen Gebiet intensiviert, müssten jedoch im politischen Bereich noch entwickelt werden. Die Schlussakte und vor allem deren Prinzipienkatalog wird als ein Mittel zu dieser Entwicklung gesehen (dort ist u.a. von der Wünschbarkeit politischer Kontakte die Rede). Ein weiteres Mittel seien zusätzliche bilaterale Verträge. Dabei fallen einige Stichworte, die uns an die "ungarische Liste" vom Beginn dieses Jahres erinnern (Gesundheitswesen, Tourismus, Wissenschaft und Technik, Kultur). Die Notwendigkeit zwischenstaatlicher Abkommen wird mit der planwirtschaftlichen Struktur der CSSR begründet, die ja in diesem Land besonders ausgeprägt ist (selbst die kleinste Schuhmacherwerkstatt ist verstaatlicht).

2. Wirtschaft

Die Schweiz ist unter den kapitalistischen Ländern der vierte Handelspartner der CSSR. Wie bei den Kontakten mit anderen Oststaaten wird auch in Prag der Wunsch nach Ausgleich der Zahlungsbilanz vorgebracht, ferner derjenige nach Abschaffung der Ein-

fuhrlimitierungen für bestimmte Produkte aus der CSSR.

Im Zuge der Erfüllung der Schlussakte von Helsinki wird daraufhingewiesen, dass von nun an ausländische Firmenvertretungen in der CSSR möglich seien (unsere Botschaft weiss jedoch von andauernden Schwierigkeiten eines grossen Schweizer Unternehmens zu berichten, dem die Eröffnung eines Büros in Prag verweigert wird). Auf der Negativseite aus CSSR-Sicht wird bemängelt, dass tschechoslowakische Firmenvertreter in der Schweiz oft monatelang auf eine Arbeitsbewilligung warten müssten. Spacil gibt ferner seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass die von der CSSR im Rahmen der gemischten Kommission vorgeschlagenen Arbeitsgruppen in der Schweiz auf keinerlei Echo gestossen seien. Wir verweisen unsererseits auf die erfolgreiche Beteiligung der CSSR an der diesjährigen MUBA, die es dem Lande ermöglichte, seine Produkte bei uns besser bekanntzumachen.

3. Kultur und Wissenschaft

Zurzeit studieren aufgrund einer bilateralen Vereinbarung zwei Schweizer Studenten an künstlerischen Hochschulen in Prag (dafür gewährt die Schweiz der CSSR jährlich zwei Bundesstipendien). Laut Spacil bedarf es für eine Erweiterung dieses Kontingents einer vertraglichen Vereinbarung zwischen den beiden Ländern. Die Möglichkeit, dass Schweizer auf eigene Kosten in der CSSR studieren, wird kategorisch ausgeschlossen, denn "dies entspricht nicht unserem System". Vertragliche Regelungen bestünden in diesem Bereich z.B. mit den USA. Abkommen seien auch zwischen einzelnen schweizerischen Hochschulen und der Akademie der Wissenschaften der CSSR möglich.

Wir weisen unsererseits auf die Schwierigkeiten hin, die schweizerischen Studenten aus der periodisch fälligen Erneuerung des CSSR-Visums sowie aus dem Devisen-Wechselzwang¹⁾ entstehen. Wir

1.) Der Zwang für jeden Ausländer, pro Tag 5 Dollar zu wechseln, wird mit der Existenz eines schwarzen Marktes für CS-Kronen im Ausland begründet, den es gleichsam zu neutralisieren gelte ...

- 6 -

erwähnen auch den Fall eines tschechoslowakischen Professors, der trotz mehrmaliger Einladung der ETH kein Ausreisevisum erhielt.

Im kulturellen Bereich bringen wir die Tatsache zur Sprache, dass die CSSR mit der Schweiz eine hochaktive "Kulturbilanz" hat, vor allem dank der zahlreichen Musiker (letztes Jahr rund 800), die bei uns auftreten, während Auftritte schweizerischer Künstler in der CSSR selten sind, nicht zuletzt wegen der Bezahlung ihrer Honorare in nichtkonvertibler Lokalwährung (der Zufall wollte es, dass am gleichen Abend Charles Dutoit im Rahmen des "Prager Frühlings" dirigierte - die Ausnahme, die die Regel bestätigt?).

4. Visafrage, Emigration, Familienzusammenführung

Wie schon in Budapest, wird auch in Prag stolz die Tatsache erwähnt, dass 90 % aller Einreisevisa innerhalb von 48 Stunden erteilt würden, während man für ein schweizerisches Visum 4 - 6 Wochen warten müsse (wir klären diesen Irrtum sogleich: dieses Verfahren dauert nur im Falle von Arbeitsaufnahme so lange). Als störend wird bei den empfindlichen Beamten im Palais Cernin auch empfunden, dass das schweizerische Antragsformular "irrelevante" Fragen enthalte und dass selbst für tschechische Geschäftsleute eine Garantie seitens ihrer schweizerischen Partner verlangt werde.

Der Touristenverkehr Schweiz - CSSR beläuft sich derzeit pro Jahr laut tschechoslowakischen Angaben auf je rund 20'000 Personen.

Spacil bestreitet nicht, dass die Emigration nach wie vor eine heikle politische Frage darstelle. Daneben stellten sich auch praktische Probleme: Die CSSR verlangt als Bedingung für eine Besuchsreise eines Emigranten in sein altes Heimatland, dass der Betreffende "seine Beziehungen zur CSSR regelt". Dafür brauche er einen tschechoslowakischen Pass.

./.

- 7 -

Im Falle der Schweiz seien diese Pässe jedoch bei der Polizei deponiert, die sie nicht herausgebe. In gewissen Fällen sei tschechischen Emigranten beim Wunsch nach Aushändigung ihrer Pässe sogar mit dem Entzug des Asylrechts gedroht worden. Es sei hier auf die Details dieser Problematik, die wir unseren Gesprächspartnern erklärten, nicht näher eingegangen; die Angelegenheit verdient auch nur deshalb Erwähnung, weil sie zeigt, mit welchen "Gegenklagen" ein östliches Regime antworten wird, wenn es sich zum Beispiel in Belgrad angegriffen fühlt.

Zum Thema Familienzusammenführungen bemerkt Spacil, dass die CSSR ihre diesbezüglichen Bestimmungen unter dem Einfluss der Schlussakte etwas abgeändert habe. Wir benützen die Gelegenheit, um eine Liste mit 10 noch ungelösten Fällen zu übergeben.

5. Information

Spacil erhebt das altbekannte Postulat nach "objektiver Information" über das jeweilige Land. Man wisse wohl, dass die CSSR kein ideales Land sei. Es habe auch seine Probleme, die man kritisieren könne. Unter leiser Anspielung auf eine Reihe von Artikeln des Osteuropakorrespondenten der NZZ über die CSSR, die gerade während unseres Besuches erschienen (der Betreffende hatte nach langem vergeblichem Warten erstmals ein Visum erhalten) wurde auf gewisse "Unausgewogenheiten" hingewiesen. ("Wenn jemand schreibt, es gebe in ganz Prag kein Gemüse, so hat er vielleicht recht, aber wenn er nur davon schreibt ...") Journalisten sollten zur Entwicklung der guten Beziehungen zwischen den Ländern beitragen. Man wisse wohl um das westliche Argument der Pressefreiheit; wenn jedoch unrichtige Berichte über ein anderes Land erscheinen, sollte sich die Regierung davon distanzieren ...

Wir halten dem entgegen, dass das beste Korrektiv darin bestehe, ein anderes Land aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Der Ruf eines Landes sei entweder zu gut oder zu schlecht, selten jedoch richtig. Die CSSR habe es so weitgehend selbst in der Hand,

./.

ihr "Image" im Ausland zu bestimmen.

Auf dem Gebiet des Informations-Imports ist die CSSR übrigens trotz Ankündigung einer neuen Praxis nach wie vor sehr im Rückstand. Während der ganzen drei Tage unseres Besuchs waren in unserem grossen internationalen Hotel ausser der "Humanité" und dem ebenfalls kommunistischen "Morning Star" keine ausländischen Zeitungen erhältlich (auch keine aus anderen Oststaaten). Man munkelte, dass die versprochenen West-Zeitungen zwar im Hotel ankommen, aber aus unerfindlichen Gründen nie den Weg zum Kiosk finden. An den Strassenkiosken sind ohnehin nur einheimische Publikationen zu haben.

D. Beziehungen CSSR - Drittstaaten

Laut Spacil sind die USA das einzige Land, mit welchem die CSSR offene Probleme hat; es handelt sich um die 1945 von den Amerikanern konfiszierten 20 Tonnen Währungsgold sowie um eine vor 1948 in den USA bestellte und bezahlte, aber nie gelieferte Stahlfabrik. Auch das Nachbarland Oesterreich kommt nicht ganz ungeschoren davon; man wirft Kreisky in Prag seine Aeusserungen zur Dissidentenfrage vor und kritisiert das (an Pfingsten dann doch abgehaltene) Treffen der Sudetendeutschen in Wien. Der Bundesrepublik Deutschland wird ihre Insistenz auf der Berlin-Klausel angekreidet, wodurch allein mit der CSSR sechs bilaterale Verträge blockiert seien. Die BRD habe eine Tendenz, Westberlin zu "integrieren", was im Widerspruch zum Viermächteabkommen stehe. Schliesslich kritisiert Spacil eine angebliche "Kampagne" des ZDF gegen die CSSR und deren Präsident, Gustav Husak.
